

„Es fehlt der große Wurf nach vorne“

Unternehmer Scheer: Landesregierung hat keine Vision für die Zukunft des Saarlandes

Die von Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) vermittelte Aufbruchsstimmung ist nach Ansicht des IT-Unternehmers August-Wilhelm Scheer ohne große Wirkung verpufft. Auch Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD) habe keine Vorstellungen, wohin sich das Land entwickeln soll. Mit Scheer, von 1999 bis 2009 Beauftragter für Innovation, Technologie und Forschung in der Regierung von Peter Müller, sprach SZ-Redakteur Thomas Sponticcia.

Das Saarland verpasst aus Ihrer Sicht viele Chancen. Wo denn? Scheer: Nehmen Sie die Universität. Mit Mittelmäßigkeit können wir weder national noch international konkurrieren. Nur, wenn wir auch saarländischen Abiturienten Erstklassigkeit und höchste Qualität bieten, werden die wichtigsten Köpfe, die das Saarland braucht, hier studieren und hier bleiben. Der Umbau zur Elite-Uni wurde im Rahmen der Spardebatte verpasst. Es gibt keine gesicherte Zukunftsstrategie für die Uni. Sie ist eher Ergebnis saarländischer Lobbystruktur.

Sind wir mittelmäßig? Scheer: Ein Vergleich der Rankings zeigt, dass wir meist im Mittelfeld oder am Schluss liegen, natürlich Informatik und Materialwissenschaften ausgeschlossen. Zudem halte ich eine Zusammenarbeit der Uni mit der Wirtschaft für wichtig. Ich frage mich aber, wo das in ausreichendem Maße der Fall ist.

Was meinen Sie? Scheer: Das Saarland ist stark industrieorientiert, steht aber an letzter Stelle bei der Ausbildung von Ingenieuren. Hier stimmen Bedarf und Angebot in keiner Weise strategisch überein. Umgekehrt haben wir eine sehr hohe Qualität in der Informatik-Ausbildung, aber es fehlt die passende hiesige Informatik-Industrie. Ich sehe keine Strategie, an der Saar eine wirkungsvolle IT-Industrie im Umfeld der Forschungs- und Ausbil-

dings-Kompetenz anzusiedeln. Auch die Zahl der Start-Up-Unternehmen ist im Saarland zu gering.

Also wird an der Uni am Bedarf vorbei ausgebildet? Scheer: Es fehlt das Denken in der gesamten Wertschöpfungskette. Die Absolventen müssen auch Arbeitsplätze im Saarland finden. Es nutzt nichts, wenn sie in andere Bundesländer oder ins Ausland abwandern und dort ihre Steuern zahlen. Die Industrie muss mit hoch qualifizierten Mitarbeitern und Forschungsergebnissen ausgestattet werden. Auch das ist nicht genügend der Fall.

Hier ist also auch die Wirtschaftsministerin gefragt.

Scheer: Ich sehe nur generelle Aussagen wie: Wir brauchen Fachkräfte. In welchen Bereichen, bleibt schon offen. Ich sehe keine Vorstellungen, wie das Saarland in fünf Jahren aussehen soll, in welche Richtung und wie sich etwa die Automobil- und Stahlindustrie entwickeln sollen. Es gibt anderswo Stahlunternehmen, die sich zum High-Tech-Konzern entwickelt haben und deutlich mehr auf Weiterverarbeitung setzen als auf die Stahlproduktion selbst. Diese Entwicklungen haben wir im Saarland nicht im gleichen Umfang wie in anderen Regionen. Wenn man Industriepolitik machen will, dann muss man auch Cluster definieren, die zukunftsfähig ausgebaut werden. Hier braucht man klare Ziele, ähnlich wie wir sie schon vor zehn Jahren hatten. Wir brauchen hohe Kompetenz in der Forschung, die die praktische Umsetzung zum erklärten Ziel hat. Dabei muss



Die Landesregierung argumentiert, ein Gesamtkonzept für das Land sei eine ständige Aufgabe, nichts, was man aufschreibt und definiert. Brauchen wir ein solches Konzept, eine Vision, um zu überleben?

Scheer: Bayern bringt mit zwei Milliarden Euro eine Digitalisierungsoffensive auf den Weg mit 20 Lehrstühlen, weil man nicht warten will, bis ein Generationswechsel

Mann klarer Worte: August-Wilhelm Scheer. FOTO: UDS/BRAZEL



Keine Vorstellungen über die künftige strategische Ausrichtung der Branche? Die saarländische Stahlindustrie. FOTO: ROLF RUPPENTHAL



Nur mittelmäßig im Vergleich zu anderen Standorten? Die Universität des Saarlandes. FOTO: BECKER & BREDEL

sich das Saarland auch den Herausforderungen der Digitalisierung stellen und offen für neue Business-Modelle sein. So wird etwa die Automobilindustrie durch Digitalisierung und Elektroantrieb herausgefordert. Mein neues elektronisches Auto hat zum Beispiel kein Getriebe mehr.

bei den Lebenszeit-Professoren entsteht. Es wird schnell in zukunftsorientierte Themen investiert mit klaren Schwerpunkten: Autoindustrie inklusive künftiger Mobilität, Industrie 4.0, Gesundheit. Man will Leuchtturmprojekte schaffen und aufzeigen, wohin Trends gehen. Inklusiv einer Verbindung zwischen Industrie und Forschung.

Was folgt daraus?

Scheer: Auch das Saarland kann eine Digitalisierungsoffensive starten. Vielleicht nicht mit viel Geld, aber mit vielen intelligenten Köpfen. Wir könnten etwa versuchen, die Weiterentwicklung selbstfahrender Autos federführend voranzutreiben. Wuppertal als notleidende Stadt macht uns das gerade vor.

Das Land wird sofort argumentieren: Wir haben kein Geld.

Scheer: Dieses Argument hindert nicht am Denken. Wenn man kein Geld hat, muss man die Kräfte im Land bündeln. Die Unternehmen sind bereit, zukunftsorientiert zu arbeiten. Die Saar-Politiker müssen sich aber die Mühe machen, regel-



Nicht vorbereitet auf Herausforderungen durch neue Techniken und die Märkte? Die Autoindustrie an der Saar. FOTO: ROLF RUPPENTHAL



Eine Lachnummer? Die Image-Kampagne des Saarlandes mit dem Motto „Großes entsteht immer im Kleinen“. FOTO: DIETZE

mäßig die Unternehmenszentralen aufzusuchen, um Kooperationsprojekte zu starten.

Was muss getan werden?

Scheer: Wir müssen die kleinen Unternehmen einer Branche viel stärker vernetzen, um Marktchancen zu verbessern. Stattdessen stellt das Land gerade den Saar-Gemeinschaftsstand auf der Computermesse Cebit in Frage, weil es zu wenig Unternehmen gibt, die sich beteiligen könnten. Da stimmt die Zusammenarbeit zwischen Spitzenforschung und Unternehmen nicht, und es gibt zu wenig Neugründungen.

Ist die Saar-Politik in der Lage, das Land voranzubringen?

Scheer: Die Ministerpräsidentin hat 2013 beim Neujahrsempfang in St. Ingbert eine Rede gehalten und gesagt: Wir schaffen alles, wenn wir nur wollen. Das hat mir als Aufbruchsignal gefallen. Nur, was ist aus dem Wollen konkret geworden? Es fehlt der große Wurf nach vorne, auf jeden Fall eine Digitalisierungsstrategie. Ich halte auch die Marketingkampagne „Großes entsteht immer

im Kleinen“ eher für eine Lachnummer. Wo ist das Große, was im Saarland entsteht? Ich muss erst Fakten haben, bevor ich Marketing betreibe.

Sehen Sie einen Macher in der saarländischen Politik?

Scheer: Ich weiß nicht, ob die Ausrichtung auf die Sozialpolitik dem Land etwas bringt. Die beste Sozialpolitik ist es, erfolgreiche Unternehmen zu haben und sprudelnde Steuerquellen. Man muss die Wirtschaft unterstützen, die wichtigsten Leute an einen Tisch holen, Ideen entwickeln, vernetzen. Wenn kurze Wege aber nur noch dazu führen, dass man sich bei Entscheidungen gegenseitig nicht wehtut, dann ist das ein Nachteil.

Sie mahnen Visionen an. Finden Sie zunehmend Mitstreiter?

Scheer: Als Unternehmer, der für 800 Mitarbeiter Verantwortung trägt und sich mit seinem Firmenverbund dem globalen Wettbewerb stellt, muss ich frei sein in meinem Denken, den Weg gehen, den ich für richtig halte. Ich glaube aber, dass ich im Saarland mit meinen Überzeugungen nicht alleine stehe.

Steinmeier in der Stadt der Angst

Außenminister würdigt in Kabul 100 Jahre deutsch-afghanische Beziehungen - Appell zu Dialog mit Pakistan

Afghanistan-Besuche deutscher Politiker sind selten geworden. Zum 100-Jährigen der diplomatischen Kontakte fliegt Außenminister Steinmeier nach Kabul. Aber viel zu feiern gibt es nicht.

Von dpa-Mitarbeiter Christoph Sator

Kabul. Als deutscher Diplomat in Afghanistan brauchte man zu Beginn vor allem eines: Zeit. Der Kaiserliche Legationssekretär Werner Otto von Hentig, im Spätsommer 1915 nach einer abenteuerlichen Anreise über 11 000 Kilometer endlich in Kabul, musste erst einmal warten. Es dauerte fast einen Monat, bis König Habibullah den Mann aus Berlin schließlich zur Audienz vorließ.

Bei Frank-Walter Steinmeier geht das am Sonntag deutlich schneller. Drei Stunden nach der Landung sitzt der Außenminister im Hochsicherheitspalast von Präsident Ashraf Ghani. Auf einem kleinen Empfang im Garten

gibt es auch ein paar freundliche Worte zum 100-jährigen Bestehen der diplomatischen Kontakte. Nach größeren Feiern allerdings steht niemand der Sinn. Noch mehr als in den vergangenen Jahren ist Kabul heute eine Stadt in Angst. Bei einer Serie von Anschlägen, von denen die meisten auf das Konto der radikal-islamischen Taliban-Milizen gehen, gab es in diesem Monat schon mehrere Dutzend Tote. Was heute vor allem gebraucht wird, sind Vorsicht und Mut.

Landesweit starben seit dem Abzug der internationalen Kampftruppen Ende 2014 bereits mehr als 4000 afghanische Polizisten und Soldaten. Zivile Todesopfer in den ersten sechs Monaten nach der offiziellen UN-Statistik: 1592. Seit Ende Juli der Tod des langjährigen Taliban-Führers Mullah Omar bekannt wurde, ist es noch schlimmer geworden. Die Taliban wollen beweisen, wie stark sie noch sind. Unter diesen Umständen ist auch der Besuch eines deutschen Außenministers eine gewagte Operation. In Kabul ist die Delegation dann mit doppelt und dreifach

gesicherten Geländewagen unterwegs. Bei der Leibeskontrolle im Präsidentenpalast reißt Ghani Garde sogar die mitgebrachten Geschenke aus dem Papier. Kurz vor Ablauf seines ersten Amtsjahrs steht der Präsident ziemlich unter Druck. Viele Landsleute zweifeln an seinem gemäßigeren Kurs gegenüber Taliban und Pakistan. Die Friedensgespräche mit den Milizen

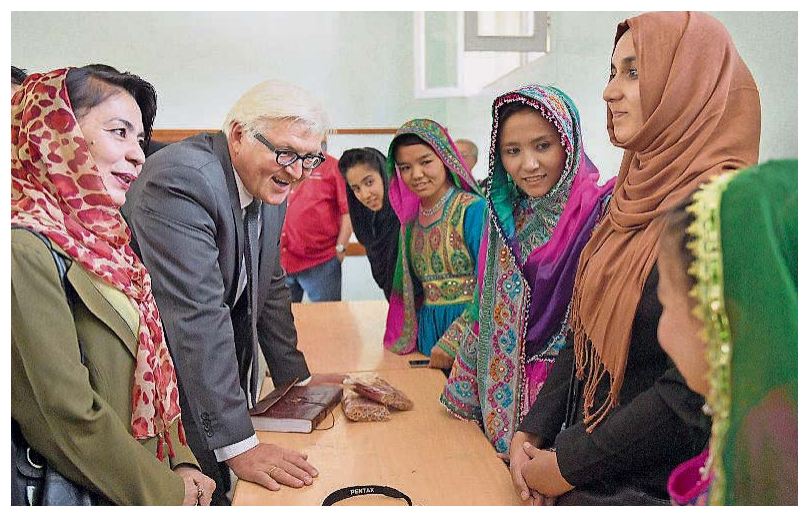
hat Ghani nun gestoppt. Das Nachbarland machte er in einer TV-Ansprache für die Attentate mitverantwortlich. Umso mehr wirbt Steinmeier nun dafür, den Gesprächsfaden zwischen Kabul und Islamabad nicht abreißen zu lassen. Versöhnung sei der „einzige vernünftige Weg“, um für den schon Jahrzehnte dauernden Konflikt ein Ende zu finden. Zugleich versichert Steinmeier Af-

ghanistan Unterstützung auch für die Zeit, wenn die Bundeswehr einmal nicht mehr im Land ist. „Wir bleiben alte Freunde. Das ist eine Freundschaft ohne Endtermin.“ Seit dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 hat Berlin schon mit mehr als vier Milliarden Euro geholfen. Derzeit gibt es pro Jahr 430 Millionen Euro für zivile Zwecke. 150 Millionen extra fließen in den Aufbau der

Sicherheitskräfte. Was die Bundeswehr angeht, läuft das aktuelle Mandat noch bis zum 31. Dezember. Von früher mehr als 5000 sind jetzt nur noch 800 Soldaten im Land. Im Herbst muss über eine Verlängerung entschieden werden. Wahrscheinlich ist ein neues Mandat bis Ende 2016.

Danach hat der SPD-Mann dann aber doch noch einen durchweg freundlichen Termin. Steinmeier besucht die Amani-Schule, die die Deutschen 1928 mitgegründet haben. Für die Kinder gibt es wie üblich bei solchen Anlässen Fußball und Trikots. Zu den von Berlin geförderten Schulen gehört inzwischen aber auch ein Mädchengymnasium – ein Beispiel dafür, dass es auch Fortschritte gibt.

Auf eine Übernachtung in Kabul verzichtet Steinmeier im Unterschied zu früher dann aber besser doch. Die Hotels in Pakistan, der nächsten Station, sind sicherer. So neigt sich der Afghanistanbesuch nach acht Stunden schon wieder dem Ende zu. Nur zum Vergleich: Legationssekretär von Hentig blieb vor einem Jahrhundert neun Monate.



Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) besuchte gestern auch die Amani-Oberrealschule für Mädchen. FOTO: JENSEN/DPA

HINTERGRUND

Ende des Jahres 2014 wurde die Isaf nach 13 Jahren durch den Einsatz „Resolute Support“ (Entschlossene Unterstützung) mit rund 13 000 Soldaten ersetzt. Darunter sind nach einem Beschluss des Bundestages bis zu 850 Bundeswehrsoldaten. Der neue Auftrag lautet: „Ausbildung, Beratung, Unterstützung“. Trotzdem kann die Truppe weiterhin in Gefechte verwickelt und Ziel von Anschlägen werden. dpa